

Mega-Blackout – das ist der Preis für die "grüne Agenda"

4 Mai 2025 16:06 Uhr

Die Stromausfälle in Spanien und Portugal in dieser Woche sollten den EU-Verantwortlichen als Weckruf dienen, doch eine technikbezogene Auseinandersetzung damit liegt ihnen fern. Energie ist zu einem ideologischen Thema verkommen und zeitgleich stiegen in Deutschland dank "grüner Agenda" die CO₂-Emissionen so stark an wie seit 2018 nicht mehr.



Quelle: Gettyimages.ru © Fermín Rodríguez

Ein Mann betrachtet eine Gesamtansicht von Granada während eines Stromausfalls in Spanien, 28. April 2025.

Von Dr. Karin Kneissl

Der zehnstündige Ausfall aller Versorgungsleistungen auf der Iberischen Halbinsel Anfang dieser Woche lag wohl am Wetter. Dass Deutschland zum größten CO₂-Emittenten Europas geworden ist, ist ebenfalls dem Wetter zu verdanken. Denn es gibt Tage, an denen weder die Sonne scheint, noch der Wind weht. Dann bleibt nur noch Kohle als Ersatz, da weder Atomkraft noch Erdgas (aus Russland) zur Verfügung stehen.

Das Problem liegt in der Energieübertragung, nicht in der Energieerzeugung

Eine noch größere Gefahr für das Stromnetz geht jedoch von der Stromüberproduktion aufgrund von zu viel Sonne und Wind aus. Sowohl Spanien als auch Deutschland verweisen stolz auf ihre Statistiken zur Stromerzeugung aus riesigen Onshore- und Offshore-Windparks und Fotovoltaik-Paneelen, die oft auf wertvollem Ackerland errichtet wurden. Spanien und Portugal sind Spitzenreiter der "grünen" Energie in

der EU und deckten kurz vor dem Stromausfall am Montag 80 Prozent ihres Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen.

Das größere Problem liegt jedoch nicht in der Energieerzeugung, sondern in der Energieübertragung. Die bestehenden Stromnetze in der EU wurden größtenteils in den 1950er und 1960er Jahren gebaut. Damals war es relativ einfach, in den Nachkriegsstädten Infrastrukturprojekte zu realisieren. Als Angela Merkel ihre ehrgeizige Energiewende ankündigte, versprach Peter Altmaier, Chef des Bundeskanzleramts, den Bau mehrerer tausend Kilometer "Stromautobahnen". Das geplante Budget belief sich auf eine Billion Euro. Dieses Budget wurde jedoch nie bewilligt, und niemand in Merkels Regierung berechnete, wie viele Jahre für die administrative Planung und Umsetzung erforderlich sein würden.

Daher wurde weder in Deutschland noch anderswo ein neues Stromnetz gebaut. Die derzeitigen Stromnetze sind für die ständig steigenden Strommengen nicht geeignet. Die "Elektrifizierung" aller Formen der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs, vor allem im mobilitätsbezogenen Bereich, stellt ein ernstes Problem für die Stabilität der bestehenden Stromnetze dar. Es wurde erwartet, dass Elektrofahrzeuge Autos mit traditionellen Verbrennungsmotoren ersetzen würden. Der Wirbel um das Elektroauto ist bereits abgeklungen. Die Kunden sehen einfach davon ab, ein Elektroauto zu kaufen. Die ehrgeizigen "grünen" Agenden berücksichtigen jedoch selten die für den Ausbau des Stromnetzes erforderlichen Investitionen und vor allem die dafür notwendigen Zeiträume.

Das europäische Stromnetz erstreckt sich von der Türkei über den europäischen Kontinent bis nach Nordafrika. Es trägt die technische Bezeichnung "Kontinentaleuropäische Synchronzone" und ist störanfällig. Es wird mit Wechselstrom mit einer Frequenz von etwa 50 Hertz betrieben. Bei einer Überlastung – so wie es am Montag in Spanien vermutlich der Fall war – besteht ein hohes Risiko, dass diese Frequenz destabilisiert wird. Um Stromausfälle zu verhindern – da sich die Kraftwerke automatisch abschalten – werden Überlastungen ins Ausland geschickt. Einige argumentieren, dass es auf der Iberischen Halbinsel nicht genügend Verbindungsleitungen gibt, während andere davor warnen, die Zahl der Verbindungsleitungen zu erhöhen, da dies nur das gesamte Stromnetz gefährden und zu dominoartigen Stromausfällen in mehr als 30 Ländern führen würde.

Im Jahr 2012 veröffentlichte der österreichische Schriftsteller Marc Elsberg seinen Thriller "Blackout". Er beschreibt einen fiktiven 13-tägigen Stromausfall und den anschließenden vollständigen Zusammenbruch des Lebens, wie wir es kennen. In diesem gut recherchierten Buch wurde der Stromausfall durch eine Cyberattacke verursacht. Viele Kommentatoren vermuteten eifrig, dass diese hinter der tatsächlichen Krisensituation am Montag stecke. Offenbar ist niemand bereit, über das Problem mit dem Stromnetz und die Ambitionen der "Green Deal"-Initiative zu diskutieren.

Da ich seit Jahren an Energiekonferenzen teilnehme und zum Thema "Geopolitik im Energiebereich" unterrichte, habe ich mich oft über die von Brüsseler Funktionären und anderen Klimaexperten präsentierten romantischen Fantasievorstellungen gewundert. In den letzten 15 Jahren erleben wir eine Überbewertung des Konzepts "Energiewende" oder – sogar noch schlimmer – "CO₂-neutrale Wirtschaft". In der gesamten EU liegt der Fokus auf dem Klimawandel. Dabei fehlt ein solider energiepolitischer Ansatz, der die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Investitionen in die Energieinfrastruktur berücksichtigt.

Neue Anfälligkeit durch den Boom der erneuerbaren Energiequellen

Ich hätte einen großen Stromausfall eher in Deutschland als auf der Iberischen Halbinsel erwartet.

Die von der Regierung Angela Merkel im Frühjahr 2011 verkündete "Energiewende" hat nichts gefruchtet. Statt mehr Strom aus Wind und Sonne zu gewinnen, wurde im ersten Quartal 2025 mehr Kohle- und Gasstrom erzeugt. In der Osterwoche wurde zudem deutlich, warum die sogenannte "Energiewende" Probleme mit sich bringt.

Trotz des Rekordausbaus von Wind- und Solarenergie produzieren erneuerbare Energiequellen weniger Strom als jemals zuvor seit 2021. Im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres sank die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im gleichen Zeitraum des diesjährigen um 16 Prozent.

Der Wind war im Februar und März nicht besonders stark. Die Stromproduktion aus Offshore-Windkraftanlagen sank um insgesamt 31 Prozent, während die Produktion an Land um 22 Prozent zurückging. Infolgedessen musste die Stromproduktion aus Kohle, Öl und Gas drastisch erhöht werden. Die logische Folge: Die CO₂-Emissionen stiegen stark an. Seit dem Winter 2018 war der Strom in Deutschland nicht mehr so schmutzig wie heute.

Aber nicht nur mittelfristig verläuft die Energiewende nicht so, wie ihre Befürworter es sich vorstellen. Die Osterwoche verdeutlicht alle Probleme, die mit der Umstellung der deutschen Energieerzeugung auf Wind- und Sonnenenergie verbunden sind.

An einem sonnigen Ostersonntag beispielsweise produzierten die über fünf Millionen Solaranlagen in Deutschland weit mehr Strom, als zur Deckung der Nachfrage an den Feiertagen nötig gewesen wäre.

Allerdings muss der Strom genau dann konsumiert werden, wenn er produziert wird, sonst kann es zu Störungen im Stromnetz kommen. Dies gilt sowohl bundesweit als auch für die lokalen Stromnetze vor Ort und die regionalen Kapazitäten der wetterabhängigen Energieträger.

Aufgrund des gigantischen Stromüberangebots – etwa 15 Gigawatt mehr als nötig, was der Leistung von etwa einem Dutzend durchschnittlicher Kernkraftwerke entspricht – ist der Strompreis zeitweise auf negative Werte von bis zu -5 Cent pro Kilowattstunde gefallen. Deutschland musste Frankreich, Belgien und anderen Ländern Millionen Euro zahlen, damit sie den deutschen Stromüberschuss abnahmen; sonst wären die deutschen Stromnetze zusammengebrochen.

Dieser eklatante Stromüberschuss führt jedoch nicht nur dazu, dass viel Strom praktisch zum Nulltarif ins Ausland abgesetzt werden muss und die Übertragungsleitungen nach Frankreich und Belgien voll ausgelastet sind, sondern auch zu zahlreichen Stromausfällen, insbesondere im Südwesten Deutschlands, die auf ein Überangebot und eine Überlastung der dortigen Stromnetze zurückzuführen sind.

Das eigentliche Drama besteht darin, dass die zahlreichen Solaranlagen in Deutschland nicht gesteuert, reguliert oder gar vom Stromnetz getrennt werden können, wenn die Stromproduktion den Bedarf übersteigt. Wenn an einem Nachmittag mit geringem Strombedarf viel Sonne scheint – vielleicht noch begleitet von starkem Wind –, hat Deutschland zunehmend Probleme, die überschüssige Energie loszuwerden.

Das erhöht nicht nur das Risiko regionaler Stromausfälle und sogenannter "Brownouts", sondern treibt auch die Stromerzeugungskosten insgesamt in die Höhe – so wie es sich zu Ostern gezeigt hat.

Die Siemens-Katastrophe

Die Stromspeicherung ist ein grundlegendes Problem, das bisher nicht gelöst wurde. Große Unternehmen wie Siemens experimentierten mehr als ein Jahrzehnt lang mit Dampfmaschinen, die den von Windrädern erzeugten Strom in Wasserstoff umwandelten, um ihn zu speichern und zu transportieren. Diese Experimente führten jedoch nicht zu einem tragfähigen Geschäftsmodell. Daraufhin gab der in den 1960er Jahren in der Kerntechnologie führende Siemens-Konzern seine gesamte Energiesparte auf.

Im Jahr 2020 wurde die Energiesparte von Siemens ausgegliedert. Doch Siemens Energy wollte sich ehrgeizig im Bereich der Windenergie entwickeln und fusionierte mit dem spanischen Unternehmen Gamesa. Doch nur drei Jahre später stellte sich heraus, dass daraus nichts werden würde. Lag es an weiteren Managementfehlern, an der chinesischen Konkurrenz oder gab es andere Probleme?

Siemens Energy wurde vom Hoffnungsträger zum Börsenalptraum. Von Quartal zu Quartal gab es neue Hiobsbotschaften. Vor allem das Windkraftgeschäft rutschte immer tiefer in die roten Zahlen. Unzählige Male musste der Vorstand von Siemens Energy seine Prognosen nach unten korrigieren, und mit Fusionen in Spanien verlor Siemens eine Menge Geld. Hätte das Management des Unternehmens das Durchhaltevermögen gehabt, hätte es eine gründliche Untersuchung des Stromausfalls vom vergangenen Montag durchgeführt und die Ergebnisse veröffentlicht. Was in Spanien und Portugal passierte, könnte jederzeit auch in Deutschland und Österreich eintreten.

Vor 25 Jahren war ich in Österreich im Gemeinderat eines Dorfes tätig, in dem ich bis 2020 lebte – also bis ich von meinem Posten zurücktrat. Damals erarbeiteten wir Notfallszenarien für den Fall eines Stromausfalls. Einer der Punkte war die Organisation von "Infrastrukturinseln" in Kasernen und anderen Gebäuden. Es war vorgesehen, dass sich die Menschen im Notfall dorthin begeben könnten, um Lebensmittel, Wasser und Erste Hilfe zu erhalten. Damals gab es noch eine Generation von Führungspersonlichkeiten, die pragmatisch vorgingen und die Sache zu Ende bringen konnten. Später musste ich feststellen, dass diese Generation von Männern und Frauen bereits der Vergangenheit angehörte. In der heutigen EU würde eine solche Krise wahrscheinlich zu einer humanitären Katastrophe führen, zu einem völligen Zusammenbruch der Gesellschaftsordnung.

Ich erinnere mich noch gut an den Stromausfall in Norditalien im Jahr 2003 und an einen weiteren in den USA: In beiden Fällen war der Stromausfall von langer Dauer und die Bürger saßen im Dunkeln und in der Kälte. Im vom Krieg zerrissenen Irak fragten sich die Menschen, wie die westlichen Armeen und Nichtregierungsorganisationen nach der US-Invasion die Stromversorgung wiederherstellen könnten, da sie dazu nicht einmal im eigenen Land in der Lage waren.

Da ich bis zum Sommer 2023 im Libanon gelebt habe, sind mir die ständigen Stromausfälle wohlbekannt, und ich weiß, wie unangenehm es ist, wenn man seinen eigenen Generator bedienen muss, wenn man den üblen Geruch und den Lärm all dieser Generatoren um sich herum spürt. Aber Dieselaggregate können einen regelmäßigen Stromfluss gewährleisten, was mit Solarpaneelen nicht möglich ist. Aber dank der chinesischen Solaranlagen, die inzwischen ziemlich erschwinglich sind, hat fast jedes Haus im Libanon eine solche Anlage.

Der gute alte Dieselgenerator

Dank der Dieselgeneratoren konnten die Krankenhäuser in Spanien und Portugal ihre Dienste weiter anbieten. Notoperationen konnten durchgeführt und die Intensivpflege gewährleistet werden. Aber wie sah es mit dem Internet und den Mobilfunkanbietern aus? Das gesamte Mobilfunknetz brach zusammen.

So konnten Reden von Staatschefs zwar im Ausland verfolgt werden, nicht aber in den betroffenen Ländern.

Ich habe manchmal mit meinen libanesischen Freunden gescherzt, dass sie Crashkurse für EU-Institutionen anbieten sollten, wie man ohne regelmäßige Stromversorgung existieren kann. Gesunder Menschenverstand, gute Nachbarschaftsbeziehungen und das Wissen, wie man mit einem Dieselgenerator umgeht, wären sicherlich von Vorteil. Aber woher kommt der Diesel? Ja, früher haben russische Ölkonzerne riesige Mengen Diesel an ihre EU-Kunden geliefert, hingegen wurde im Jahr 2022 die Rosneft-Raffinerie in Schwedt bei Berlin von den deutschen Behörden beschlagnahmt.

Als Backup-Energiequelle für all diese Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energien diene früher Erdgas, das größtenteils aus Russland stammte und als "Übergangsenergie" bezeichnet wurde. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Zusammenarbeit im Bereich Öl und Gas innerhalb des europäischen Kontinents sowohl für die Verkäufer als auch für die Käufer von Vorteil war. Diese Zeiten sind jetzt vorbei.

Was am Montag auf der iberischen Halbinsel geschah, sollte als weiterer Weckruf dienen. Aber bislang scheinen die EU-Beamten in ihrer "grünen Agenda" stecken geblieben zu sein. Sie hätten die vorherigen Signale verstehen können, taten dies aber nicht. In der EU ist Energie zu einem ideologischen Thema geworden und keine technische Angelegenheit mehr. Was Spanien und Portugal Anfang dieser Woche erlebten, dauerte etwa zehn Stunden, und ich rechne mit weiteren Vorfällen dieser Art.

In einem Land wie dem Libanon kann man damit umgehen, aber es stellt sich die Frage: Ist es möglich, eine Industrie zu betreiben, wenn ständig der Strom ausfällt? Die Deindustrialisierung innerhalb der EU wird sich nur noch beschleunigen. Wenn eines Tages einige Länder wieder russisches Gas kaufen wollen, werden die Mengen viel geringer sein: Die Industrieproduktion wurde nämlich bis dahin erheblich reduziert.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Dr. Karin Kneissl ist Leiterin des Thinktanks GORKI (Geopolitisches Observatorium für Russlands zentrale Fragen), ehemalige Außenministerin Österreichs und Autorin des Buches "Diplomatie macht Geschichte – Die Kunst des Dialogs in unsicheren Zeiten" (Olms Verlag, Hildesheim).

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.